Nr. 323 XXVI. Jahrgang

Mittwoch, 27. November 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 33, 13 8 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060 Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 40 Pf. Die zweispaltige Reklamezeile 90 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Ziffer- oder Auskunftanzeigen 50 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 % Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Annahme und Abholung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Sämtliche Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unseren Tarifsätzen an.

Bezugspreise:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.55, „ „ 4.65
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.82, vierteljährl. Kr. 8.46
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.42, „ „ 7.27
Nach d. Auslande in Streifb. möchentl. M 1.10. Einz.-Nummer 10 Pf.

Vorrücken der Besetzungstruppen

Besetzung Wiens?

Von unserm ld-Mitarbeiter

Wien, 22. November

Böse Nachrichten waren heute in Wien verbreitet. Zu all dem Uebel, das uns während des Krieges und auch nach seiner Beendigung schon heimgesucht hat, droht jetzt auch noch als letzte Daraufgabe die Besetzung Wiens durch die Entente. Im Waffenstillstandsvertrage ist ja die Möglichkeit dazu dem Gegner gegeben, da ihm freigestellt ist, alle ihm als strategisch wichtig erscheinenden Punkte zu besetzen, und daß man Wien als Knotenpunkt von so vielen Hauptbahnen als „strategisch wichtig" bezeichnen kann, ist gewiß. Uebrigens ist die Auslegung der Waffenstillstandsbedingungen durch die Entente bekanntlich willkürlich, ganz von ihrem jeweiligen Ermessen abhängig. Deutsch-Oesterreich hat weder mit „Taktik", noch mit „Strategie" mehr irgend etwas zu tun. Es ist vollständig demobilisiert, hat nichts, was einer Armee auch nur entfernt ähnlich sieht und muß selbst zum rein polizeilichen Schutze seiner Bewohner erst eine kleine Volkswehr erwerben. Gegen welche militärischen Gefahren deckt sich also die Entente, wenn sie Wien besetzt? Glaubt man wirklich, irgend jemandem einreden zu können, die Besetzung dieser ausgehungerten, traktlosen, von Parteien zerrissenen Stadt sei zum militärischen Schutze der Entente notwendig?

Aber vielleicht sind es gar nicht militärische Interessen der Entente, die diese Maßregel hervorrufen. Liest man die Auszüge aus Artikeln des „Temps", des „Journal des Débats", der „Action française", die heute aus Bern übermittelt werden, so muß man zu dem Schluß kommen, daß es sich bei der Besetzung Wiens nicht um eine militärische, sondern um eine politische Verfügung handelt. Der Entente ist die einmütige Erklärung der deutsch-österreichischen Nationalversammlung, daß die Republik Deutschösterreich einen Bestandteil der deutschen Republik bilden solle, in die Nase gestiegen. Der Zuwachs von zehn Millionen an das Deutsche Reich macht der Entente Sorge; sie befürchtet, daß dadurch eine Stärkung Deutschlands bewirkt werden könnte, die die Schmälerung seiner Macht im Westen ausgleichen würde. Darum soll ein Druck, ein politischer Druck auf Deutschösterreich ausgeübt werden, auf daß jener Beschluß der Nationalversammlung nicht verwirklicht werde. Eine militärische Kette von Innsbruck über Salzburg nach Wien soll Deutsch-Oesterreich umspannen und fesseln, um sein Selbstbestimmungsrecht zu erdrosseln.

Leider findet ja die Entente keine innerlich abgeschlossene politische Ueberzeugung in dem jungen Staate vor. Die Christlich-Sozialen haben in der entscheidenden Sitzung der Nationalversammlung zwar für den Anschluß an Deutschland gestimmt, aber ausdrücklich erklärt, daß sie die Entschließung unter die Staatsform, die mit jeder Angelegenheit in Zusammenhang steht, der im Jänner erst zu wählenden definitiven Nationalversammlung vorbehalten sehen möchte. Die Christlich-Sozialen sind keine Republikaner und großdeutsche Republikaner schon gar nicht. Sie sind überzeugungstreue Monarchisten, österreichische Monarchisten, die ein habsburgisches Kaisertum Oesterreich wiederherstellen möchten. Sie machen daraus auch gar kein Hehl und setzen ihre ganze Hoffnung auf die neuzuwählende Nationalversammlung. Entscheidet diese für die Monarchie mit Kaiser Carl I., wie Kardinal Piffl gestern in einer Frauenversammlung in sichere Aussicht stellte, so kann ja von dem Anschluß Deutsch-Oesterreichs an die Republik Deutschland keine Rede sein. Formell besteht die Einigkeit zwischen Sozialdemokraten, Deutsch-Nationalen und Christlich-Sozialen in den republikanischen Staatsämtern und in der Nationalversammlung, tatsächlich besteht jedoch diese Einigkeit nicht, und an dieser Bruche will die über die Zustände, wie es scheint, wohlunterrichtete Entente den Hebel gegen die Vereinigung Deutsch-Oesterreichs mit Deutschland ansetzen.

Auch sonst sieht es ja mit dieser „Einigkeit" recht windig aus und man braucht nur die Zeitungen der Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen zu lesen, wie es damit bestellt ist. Auch die konfessionelle Hetze geht wieder los, und alle bösen Instinkte werden aufgestachelt, ganz wie ehedem in der Monarchie. Dazu die große Not an Nahrungsmitteln und Kohle. Wenn die Entente wirklich Wien besetzen sollte, wird sie sich bald überzeugen, daß ihr hier keine militärischen Gefahren drohen ....

Der südslawische Staat

× Laibach, 23. November

Am Sonntag fand in Agram eine Sitzung des südslawischen Nationalrates statt. Den Gegenstand der Erörterung bildete die engste Verbindung mit dem Königreich Serbien. In der Versammlung waren alle südslawischen Parteien vertreten. Nach längerer erregter Debatte wurde in der Nacht zum Montag ein Beschluß mit allen gegen eine Stimme angenommen, welcher besagt: Der Nationalausschuß der Serben und Kroaten proklamiert im Sinne der gefaßten Beschlüsse in Uebereinstimmung mit der serbischen Regierung die Vereinigung aller früher zu Oesterreich-Ungarn gehörigen südslawischen Gebiete mit dem Königreich Serbien und Montenegro in einen Staat.

Englische Kriegsschiffe nach Kiel

× London, 25. November. (Reuter)

Heute um 9 Uhr fuhren Vorpostenein heiten der englischen Flotte nach Kiel ab, darunter eine Flottille von Minensuchern, die nach Kopenhagen fährt, um die Sund-Durchfahrt von Helsingör nach Kiel für größere Schiffe, die folgen werden, frei zu machen.

Die Abrüstung der deutschen Kriegsschiffe

WTB. Berlin, 25. November

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, wird die Desarmierung der in Wilhelmshaven, Emden und Bremerhaven liegenden Kriegs- und Hilfskriegsschiffe heute abend durchgeführt sein. Die Desarmierung der in Kuxhaven, Brunsbüttel, Hamburg und in der Ostsee liegenden Kreuzschiffe ist demnächst zu erwarten. Der Dampfer „Lucie Woermann" mit Mannschaften der dritten U-Boots-Staffel ist auf dem Rückwege von England nach Kiel unterwegs. Die fünfte U-Boots-Staffel, bestehend aus 25 U-Booten im Geleit des Dampfers „Scharnhorst", soll am 25. morgens von Helgoland nach England in See gehen. Die in Karlskrona und Helsingborg interniert gewesenen U-Boote werden voraussichtlich die sechste Staffel der abzugebenden U-Boote bilden. Wegen einiger in Hamburg liegender bereits abgerüsteter U-Boote wird die Entscheidung des Admirals Beatty noch erwartet. Auch in der östlichen Ostsee ist der Abtransport des Marinepersonals und des Materials bereits in vollem Gange. Der Transport erfolgt über See.

Nach einer Reuter-Meldung vom 22. November ist einer unserer kleinen Kreuzer bei der Ueberführung nach England auf eine Mine gelaufen und gesunken. Wir erfahren von zuständiger Stelle, daß es sich nicht um einen Kreuzer, sondern um ein Torpedoboot handelt, von dessen Besatzung bei dem Untergang leider zwei Mann getötet und drei weitere schwer verwundet wurden.

Besetzung der Pfalz

WTB. Ludwigshafen, 25. November

Französische Truppen besetzten bereits mehrere Grenzorte am Südrande der Pfalz. An den tiefsten Stellen drangen sie 7 Kilometer in die Pfalz ein. Wie wir hören, ist gegen dieses voreilige Einrücken in die Pfalz durch die deutsche Waffenstillstandskommission Verwahrung eingelegt.

Der Durchmarsch der Truppen durch das Rheinland

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

m. Köln, 20. November

Die letzten deutschen Truppen werden heute Aachen verlassen. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung bleiben bis zum Augenblick des letzten Abzuges die sämtlichen Wachen mit den nötigen Reserven in Bereitschaft, so daß zwischen Abgang der deutschen Truppen und Einzug der fremden Besatzung eine Zwischenzeit nicht besteht. Unterdessen wälzt sich der ungeheure Strom der zurückflutenden Truppen durch die rheinischen Städte, überall musterhafte Ordnung bewahrend.

Generaloberst v. Boehn wendet sich in einem Aufruf an die Rheinprovinz und Hessen-Nassau. In dem Aufruf heißt es: „Die 7. Armee ist in die Rheinprovinz und in Hessen-Nassau eingerückt. Ich übernehme vom 21. ab im Durchmarschgebiet der 7. Armee die militärische Kommandogewalt. Ich bitte um die Unterstützung sämtlicher Behörden. Alle Dienststellen der Armee sind auf Befehl der Obersten Heeresleitung angewiesen, nur mit militärischen Kommandobehörden und Behörden der zivilen Verwaltung zu verhandeln. Nach Erlaß der Regierung und Heeresleitung steht den Arbeiter- und Soldatenräten keinerlei Eingriff in die Kommandogewalt zu, die allein in den Händen der militärischen Kommandostellen liegt."

Das Abkommen über die Gefangenen

× Berlin, 25. November

Durch den Waffenstillstandsvertrag ist die alsbaldige Freigabe sämtlicher in deutscher Hand befindlichen Kriegs- und Zivilgefangenen ohne Gegenseitigkeit bestimmt worden. Hinsichtlich der Heimschaffung der Kriegsgefangenen sind zugleich sämtliche früheren Abmachungen mit Einschluß der soeben ratifizierten deutsch-englischen Gefangenenvereinbarung vom 14. Juli für ungültig erklärt worden. Die britische Regierung vertritt die Auffassung, daß diese Vereinbarung dadurch, abgesehen von der darin vorgesehenen Entlassung der in neutralen Ländern Internierten, hinfällig geworden ist. Dagegen ist die deutsche Regierung der Ansicht, daß die Vereinbarung, die auch die Heimbeförderung aller Zivilpersonen festsetzt, insoweit und in den Bestimmungen über die Behandlung der Gefangenen aufrechterhalten bleibt. Deutscherseits sind daher die nötigen Schritte unternommen worden, durch Vermittlung sowohl der niederländischen Regierung als auch des heiligen Stuhles diesen Standpunkt bei der britischen Regierung vertreten zu lassen. Es erscheint als ein Gebot der Menschlichkeit, in den Ententestaaten zum mindesten die Heimbeförderung der kranken und verwundeten deutschen Kriegsgefangenen sowie der nicht wehrpflichtigen Zivilpersonen fortzuführen und für die Zurückbleibenden eine angemessene Behandlung zu sichern.

Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit, daß die Rückkehr der feindlichen Zivilinternierten am 21. November im allgemeinen durchgeführt war. Nur einzelne kleinere Transporte aus Nord- und Ostdeutschland waren infolge Wagenmangels noch unterwegs.

Der Einmarsch in Rußland

Nach einer Meldung aus Kiew ist ein englisches Torpedoboot in Sebastopol eingetroffen. Die englische Flotte wird dort erwartet. In Odessa ist als Vertreter der Entente Konsul Henot eingetroffen. Er hat dem Hetman baldige Ankunft von den Ententetruppen in Odessa in Aussicht gestellt. Zunächst sollen Kiew, Odessa und Charkow von ihnen besetzt werden. Die Entente hat durch ihren Vertreter Henot den deutschen Geschäftsträger in Kiew wissen lassen, daß sie die Aufrechterhaltung der durch den Hetman geschaffenen Staatsordnung wünsche und die deutschen Truppen für verpflichtet erachte, die Ordnung und Ruhe im Lande aufrechtzuerhalten. Weiter wird berichtet:

× Kiew, 25. November. Der Ukrainischen Telegraphenagentur zufolge langte in Noworossijsk ein Ententegeschwader an, bestehend aus drei Linienschiffen, zwei Kreuzern und zwei Torpedobooten. Zeitungsmeldungen zufolge lief in Sebastopol auch der englische Kreuzer „Canterbury" und ein Torpedoboot ein. In beiden Orten wurden die Schiffe von einer großen Menschenmenge begrüßt.

Die französischen Sozialisten sind mit der Entente-Aktion in Rußland nicht einverstanden. Der „Humanité" zufolge ließ sich die sozialistische Fraktion von den russischen Sozialrevolutionären Lukhaim, Rußanow und Axelrod über die Zustände in Rußland berichten. Die Genannten verurteilen die bolschewistischen Machenschaften bei der Auflösung der russischen Nationalversammlung und der Hintertreibung von Neuwahlen. Schließlich verlangten sie möglichst schnellen Zusammentritt der Internationale, während die militärische Intervention der Alliierten nur die Reaktionären in Rußland stärken würde. „Humanité" sowie „Populaire" unterstützen die Forderung der Sozialrevolutionäre.

Die Rückkehr des deutschen Konsulatpersonals aus Rußland

* Berlin, 20. November

Gestern abend gegen 10 Uhr traf auf dem Schlesischen Bahnhof ein Extrazug, der erste von drei Zügen, ein. Er brachte 800 Personen der Moskauer und Petersburger Generalkonsulate, ferner die Gefangenen- und Rückwandererkommission, und zwar 600 aus Moskau und 200 aus Petersburg.

Verhaftung des persischen Gesandten in Moskau

× Moskau, 24. November

Am 21. November wurde auf Befehl des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten der persische Gesandte in Petersburg Assad Khan nach Moskau entsandt. Er ist im Kreml in dem Zimmer interniert, in dem Lockhardt gewesen ist. Die Verhaftung Assad Khans ist eine Repressalie gegen die Verhaftung der Vertreter der Sowjetrepublik in Turkestan und Persien, die unter dem Einfluß des englischen Generalstabs provoziert worden ist, und wird solange fortdauern, bis unsere Vertreter in Persien auf freien uß gesetzt werden.

Verstärkung des deutschen Grenzschutzes im Osten

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

a. Berlin, 20. November

Zur Verstärkung des deutschen Grenzschutzes im Osten sind in den letzten Tagen neue Truppenformationen dem Armeeoberkommando Heimatschutz Ost angewiesen worden.

*

Posen lehnt Truppensendungen ab

WTB. Posen, 25. November

Vom S.-Rat in Posen geht uns heute die Mitteilung zu: Heute wurde uns telephonisch vom Landrat in Wittkowo mitgeteilt, daß dort Truppen der 41. Division (angeblich Heimatschutz) eingetroffen sind. Ein Bataillon ist in Wittkowo untergebracht. Der Kommandeur der Truppen hielt eine Ansprache an die Soldaten in reaktionärem Sinne. Wir bemerken dazu: Wenn Truppen der Armee Heimatschutz-Ost nach der Provinz Posen gesandt werden, so geschieht das gegen den Willen der Bevölkerung und sämtlicher A.- und S.-Räte der Provinz Posen.

Ein amerikanisches Propagandabureau für Europa

(Privattelegramm)

+ Bern, 26. November

Noch vor dem Präsidenten Wilson wird ein aus 18 Personen bestehender Ausschuß für den öffentlichen Nachrichtenverkehr unter Führung des Direktors Sisson in Frankreich eintreffen und ein amtliches amerikanisches Pressebureau errichten. Seine Hauptaufgabe soll darin bestehen, eine gewaltige Aufklärungsarbeit in Deutschland, Oesterreich, Polen, Rumänien und den andern Ländern zu unternehmen, die bisher der amerikanischen Propaganda nicht erreichbar waren, um den Völkern dieser Länder die Absichten, Ideale und den amerikanischen Standpunkt zum Krieg und zu den Friedensbedingungen klarzumachen.

Die Berliner Reichskonferenz

In des Reiches höchster Not ist gestern im historischen Kongreßsaal der Berliner Reichskanzlei die Gesamtheit der Regierungen der neuen deutschen Republiken zusammengetreten, um über das künftige Schicksal des Reiches ihre Beschlüsse zu fassen. Kaum einer der Tage der deutschen Geschichte war so schicksalsschwer wie dieser 25. November des Jahres 1918. Es geht um die Entscheidung, ob es künftighin überhaupt noch ein Reich der deutschen Nation oder ob es nur ein regelloses Nebeneinander macht- und kraftloser Kleinstaaten geben soll. Von außen drängen die Feinde unerbittlicher als je, drängt vor allem der fanatische Haß der Franzosen, der das alte Reich zerschmettern wissen will. Die Gefahr der überstürzten Demobilisierung, die Gefahr der Hunger- und Kohlennot und die des neuerlichen radikalen Umsturzes im Innern stehen drohend vor den Türen, hinter denen die neuen Machthaber der deutschen Volksstämme ihre Entscheidung treffen sollen. Nur sich ist es ein Lichtblick, das als ein Lichtblick in der dunklen Nacht aufgefaßt werden könnte, daß diese Versammlung überhaupt zustande gekommen ist. Die Vertreter der deutschen Republiken müssen heute noch den Willen zur Reichseinheit besitzen, sonst wären sie niemals gekommen. Und ein weiterer Lichtblick ist es, daß auch der Vertreter des deutsch-österreichischen Volkes zum ersten Male im Kreise reichsdeutscher Machthaber erschienen ist, nicht als Gast, wie er selbst betonte, sondern als Mitbeteiligter.

Aber sonst ist das Bild des ersten Versammlungstages, wenn man aufrichtig sein will, keineswegs restlos erfreulich. Schon das Referat des Staatssekretärs Solf erleuchtete blitzartig die immer wachsenden Gefahren der äußeren Lage. In England hat in den letzten Tagen die wachsende Welle des Imperialismus die versöhnlichen liberalen Strömungen vollkommen überrannt und unter andern den Rücktritt des Ministers Cecil zur Folge gehabt. Auch in Amerika nimmt die chauvinistische Erhitzung des Volkes trotz allen gegenteiligen Bestrebungen des Präsidenten Wilson überhand. Und in Frankreich findet der Zertrümmerungswille der bürgerlichen Parteien kaum noch irgendwelchen wirksamen Widerstand. Ein schwacher Trost kann unter diesen Umständen das einigermaßen wachsende Entgegenkommen von Clemenceau in der Lebensmittelfrage, kann fernerhin eine neuerliche Erklärung von Wilson sein, die Lebensmittelsendungen in Aussicht stellt, allerdings unter der alten Vorbedingung der vorherigen Schaffung einer das ganze deutsche Volk umfassenden Regierung.

Die Debatte unter den Vertretern der Einzelregierungen selbst zeigt, daß sie diese furchtbare Gefahr der Stunde noch immer nicht vollkommen erfaßt haben oder teilweise nicht erfassen wollen. Immer rannte sie sich an Personalfragen und an prinzipieller Thesenfechterei fest. Der bayrische Ministerpräsident Eisner und mit ihm Kautsky vor allem wollen nicht mit Männern zusammenarbeiten, die sie als kompromittiert durch ihre bisherige Haltung im Kriege ansehen. Gemeint sind damit vor allem die Staatssekretäre und Unterhändler Solf und Erzberger, gegen die tatsächlich nicht einmal die Ententeführer etwas einzuwenden gehabt haben. Mit Recht erklärte dazu der Vertreter von Hessen, daß es heute schwer halten würde, politisch ernst zu nehmende Persönlichkeiten zu finden, die im Kriege sich nicht irgendwie kompromittiert hätten, da ja selbst die Unabhängigen den ersten Kriegskredit bewilligt haben. Auch über diese Personalfragen hinaus ging der Streit gewisser Parteidoktriner um den Sieg ihrer extremen Prinzipien, selbst auf Kosten des Zusammenbruches der Reichseinheit. Für manchen der Vertreter steht heute immer noch die Sozialisierung des Volkes über dem Reichsbestande, eine kurzsichtige Politik, denn eine wirkliche Gesundung des Volkskörpers von unten heraus kann auch heute nur in der Wirtschaftseinheit von oben durchgeführt werden. Einig in dem Protest gegen die Hinausschiebung des von den Berliner Radikalen gewünschten Provisoriums erwies sich so ziemlich das ganze Süddeutschland, und der Vertreter von Württemberg sagte es der Versammlung mit dürren Worten heraus, daß jede Verschleppung der Nationalversammlung zugleich der Sieg des Separatismus sein werde.

Ueber alle Einzelkämpfe hinaus scheint also doch in der überwältigenden Mehrheit der Staatsvertreter der Wunsch nach einer möglichst sofortigen Einberufung der Nationalversammlung als dem einzigen Bindemittel für den immer riffiger werdenden Reichsbestand übermächtig zu sein. Wenn man sich auch über die Methoden der Zwischenzeit bis dahin noch nicht einig ist, so wünscht man doch nicht über das Votum des gesamten Volkes hinaus Beschlüsse zu fassen, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Die süd- und westdeutschen Staaten als Ganzes, das deutsche Kühlengebiet und auch in Preußen die Mehrheitssozialisten mit dem größten Teil der Unabhängigen, wollen die Wahlen in möglichst kurzer Zeit. Verzweifelt rufen in ihren Blättern demgegenüber die Spartakus-Leute die wildesten Instinkte der Volksseele auf. Zeit ist nicht mehr zu verlieren. Wenn das im Sturm schwankende Reichsschiff in den Hafen gelenkt werden soll, so sind die starken Männer am Steuer nötiger als je. Die aber können nur aus einer Regierung hervorgehen, die sich, fernab von jedem Klassenhaß, auf das aus der sofortigen Nationalwahl hervorgegangene Volksganze stützen.

*

Die Verhandlungen

Auf der Reichskonferenz, die gestern, wie schon kurz gemeldet, unter dem Vorsitz von Ebert in Berlin zusammentrat, waren alle deutschen Staaten und das Provinz Schleswig-Holstein vertreten, mit Ausnahme von Sachsen-Weimar, Mecklenburg-Strelitz, Sachsen-Koburg-Gotha, Schwarzburg-Sondershausen u